

# Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens  
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-  
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis  
pränumerando 3 Mark,  
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten  
3 1/2 Mark.  
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-  
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,  
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit  
20 R.-Pf. berechnet.

Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,  
sind spätestens bis Nachmittag 2 Uhr  
einzuliefern  
Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

№ 209.

Memel, Sonnabend, den 7. September.

1878.

## Tages-Chronik.

Den 7., Vorm. 10 Uhr, auf dem Kreisgerichte Verkauf des Hauswälschen Grundstücks Nepal-Klaus Nr. 1582; 11 Uhr, im Hafenbaubureau Submission wegen Herstellung einer Drumme; Nachm. 3 Uhr, Schwanenstr. Nr. 28 Auktion von Spiegeln, Schrank, Kommode zc.

## Die Technik der Parlamente.

III.

Während die Wahl der drei Präsidenten in drei verschiedenen Wahlgängen abgethan wird, also jedem der drei Erforenen ein besonderer Akt gewidmet wird, erfolgt die Wahl der Schriftführer schon in Vausch und Vogen. Acht Namen zugleich schreibt jeder auf einen Zettel, und anderen Tages wird das Resultat verkündet, ohne daß angegeben würde, wie viele Stimmen jeder der Erwählten auf sich vereinigt. Die Schriftführerstellen sind eben nicht umstritten. Die Zahl der anspruchlosen und tüchtigen Arbeiter ist nicht eben groß, und nur solche sind für das Schriftführeramt qualifizirt.

Wer einmal beobachtet hat, wie langwierig unter Umständen die Wahl auch nur eines Präsidenten ist, der wird es begreiflich finden, daß die Parlamente für gut befunden haben, alle Massenwahlen aus dem Plenum in die sogenannten „Abtheilungen“ zu verbannen. Diese „Abtheilungen“, sieben an der Zahl, werden durch das Loos gebildet. Die Namen aller am Eröffnungstage des Parlamentes als anwesend gemeldeten Mitglieder werden thatsächlich durch das Loos in sieben Abtheilungen von möglichst gleicher Stärke gefordert — die Differenz kann nicht mehr als eins betragen —, und die später sich Meldenden werden in der Reihenfolge der Meldung den Abtheilungen beigegeben.

Diese sieben Abtheilungen bilden dem Namen nach die Wahlkörper für die „Kommissionen“, deren Obliegenheit es ist, Gesekentwürfe, mögen dieselben nun aus der Initiative der Regierung oder eines Abgeordneten hervorgegangen sein, vorzubereiten. Solche Vorberathung muß überall erst in Beendigung der ersten Lesung vom Plenum beliebt werden. Die kommissionsweise Vorberathung gilt als Regel, von der nur Abstand genommen wird bei Gegenständen, die zur Annahme oder Ablehnung ohne Vorstudien reif sind.

Die sieben Abtheilungen bilden, wie erwähnt, die Wahlkörper für die Kommissionen, und demgemäß müssen die Kommissionen überall eine Mitgliederzahl von sieben oder einem Vielfachen von sieben haben. Nach langjährigem Gebrauch ist die höchste Mitgliederzahl einer Kommission achtundzwanzig, doch wird auch diese Ziffer nur in den seltensten Fällen erreicht. Die Kommissionsberathung hat einen mehr vertraulichen Charakter, achtundzwanzig Mann aber bilden ein kleines Parlament, das zu Vorberathungen eben zu schwerfällig ist. Nicht selten geschieht es deshalb, daß mitgliederreiche Kommissionen nach Feststellung der Grundzüge eine „Subkommission“ ernennen, welche ihrer Aufgabe gemäß auch „Redaktionskommission“ genannt wird und niemals aus mehr als fünf Personen besteht.

Wir sagten eben, daß die sieben Abtheilungen dem Namen nach die Wahlkörper für die Kommissionsmitglieder sind. Thatsächlich nämlich werden die Kommissionsmitglieder von den — Fractionen gewählt. Wie viele von den 7, 14, 21, oder 28 Mitgliedern den einzelnen Fractionen zufallen, darüber giebt es bei Beginn einer jeden Session oder wenigstens einer jeden Legislaturperiode heftige kalkulatorische Erörterungen im — Seniors-Convent, die in der Versammlung der Delegirten (je zwei aller Fractionen). Die Gruppen, welche die Zahl 15 nicht erreichen — diese Zahl ist gewählt, weil 15 Abgeordnete dazu gehören, um einen selbstständigen Antrag einzubringen — haben auf Vertretung in den Kommissionen überhaupt keinen Anspruch. Ihre Köpfe aber werden von den verwandten Parteien mitgezählt, und oft genug geschieht es, daß sie gleichzeitig nach links und rechts in Anspruch genommen werden. Die Gruppe Löwe, beispielsweise, die Esthischen Autonomisten, die verschiedenen Wilden wurden oft genug zur Verstärkung nationalliberaler und fortschrittlicher Ansprache vindicirt. Die Kalkulation ist gar nicht einfach.

Das Centrum zwar mit seinen rund hundert Mitgliedern — etwas über ein Viertel der gesammten Abgeordnetenanzahl (397) — nimmt ein Viertel aller Commissions-sitze für sich. Das ist noch eine ziemlich einfache Rechnung, obgleich 1/4 Mann sich schwer deputiren lassen. Da gilt eben der Ausweg, daß das Centrum einmal 3 und dann wieder 4 Mitglieder zu einer vierzehner Commission ernennt.

## Politische Uebersicht.

r. Memel, den 6. September.

In das Durcheinander von Wahlen und Wahlkämpfen aller Art, mischt sich nun eine ganz seltsame Wahllaffaire. Im Deutschen Reiche hatten wir Reichstagsnachwahlen und mit diesen alle Unterarten und Varianten, Haupt-, Stich-, Nach- und wieder Stichwahlen. Oesterreich und Ungarn hatten ihre Landtagswahlkämpfe unter der bengalischen Beleuchtung durch den Krieg in Bosnien. In Frankreich wird wegen der Senatswahlen heftig gekämpft, innerhalb einzelner Regierungen gab es sogar kleine Kämpfe wegen der Wahl in die vom Congreß angeordnete Commission für Dromelien, in Bulgarien und Constantinopel wird wegen der Wahl eines Fürsten von Bulgarien intrigirt und cabalistirt. Der seltsamste Wahlkampf ist aber soeben in Constantinopel entbrannt. Es handelt sich um eine Art von — Papstwahl.

Papst Leo XIII. befindet sich freilich herzlich wohl, und vom Römischen Papst ist bei jenem Wahlkampf auch nicht die Rede. Die Griechische Kirche im Orient soll ihr Oberhaupt wählen. Der Dekumenische Patriarch, Joachim II., ist kürzlich gestorben und es gilt, einen neuen zu wählen. Der Patriarch hat über die Griechisch-Katholische Christenheit im Orient ungefähr dieselbe Herrschaft wie der Römische Papst über unsere Katholiken, nur ist die Macht des Patriarchen vielfach größer, die Unterwerfung der Gläubigen unter seinen Willen unbedingter. Wer den Patriarchen in Constantinopel für sich hat, der hat thatsächlich zum guten Theil die Herrschaft über die Griechisch-katholischen Christen des Orients. Kein Wunder darum, daß da ein interessanter kirchlich-diplomatischer Streit zwischen der Pforte und Rußland sich abspielt. Erst in der zweiten Hälfte des September treten die Metropolitane der Griechischen Kirche und der Griechische Nationalrath zusammen, den Patriarchen zu wählen. Aber heute schon hört man von außerordentlichen Anstrengungen Rußlands, einen ihm ergebenen Kandidaten zu protegieren und von Bemühungen der Pforte, einen ihr genehmen Bewerber auf den Patriarchen-Thron zu helfen. Es scheint indeß, daß der Russische Schöppling, Patriarchatsverweser Agathangelos, die meisten Chancen für sich hat.

In Bosnien halten die Truppen beider Parteien in den letzten Tagen etwas Ruhe. Nur hier und da unterbrach ein kleines Geplänkel die Marsche. Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß sich in einer ganzen Reihe von wesentlichen Plätzen, auf welche die Oesterreicher ihren Marsch richten, ein energischer Widerstand vorbereitet. Eine ziemlich ansehnliche Insurgentenmacht hat sich dieser Tage besonders bei Novi-Bazar gesammelt.

Ein anderer, nicht minder interessanter und noch weit bedeutamerer Wettkampf spielt sich jetzt ebenfalls im Orient ab — ein Wettkampf zwischen dem Kriegsgott Mars und dem Friedensengel. Im Sturmschritt eilen die Türkischen Bataillone an die Griechische Grenze, und eifrig sind die Diplomaten in Constantinopel bemüht, den Krieg zwischen der Türkei und Griechenland zu verhindern, eine Vereinbarung in Betreff der Grenzregulirung zu Stande zu bringen. Die Kriegsvorbereitungen in der Türkei und Griechenland sind in vollem Gange, die Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens ebenfalls. Je nachdem die einen oder die andern früher zum Ziele kommen, haben wir Frieden oder Krieg. Leider taucht heute vielfach die Befürchtung auf, der schwer gepanzerte und gerüstete Kriegsgott könnte diesmal denn doch flinker sein, als der leichtbeschwingte Friedensengel.

Die Oesterreich-Ungarische Convention mit der Türkei „hat noch keinen Schritt vorwärts, aber auch keinen Schritt rückwärts gemacht“. So wird dem Pester

Lloyd aus Wien zur Kennzeichnung der Situation geschrieben mit dem Hinzufügen, man könne die Verhandlungen auch heute noch nicht als geradezu aussichtslos betrachten; es hänge nur von der Pforte ab, die Oesterreichisch-Ungarischen Vorschläge, welche den Feststellungen des Berliner Vertrages entsprechen, anzunehmen, um zu einem Endresultate zu gelangen; „dazu aber“ — fügt der Wiener Correspondent hinzu — „scheint in Constantinopel keine Neigung zu herrschen, und man will Anhaltspunkte dafür haben, daß die Türkei in ihrem Vorgehen von Rußland und Italien aufgemuntert werde“.

Die offensive Haltung der Insurgenten im Rhodopegebirge kommt den Russen ganz ungelegen. Sie haben gegenwärtig keine Lust, einen regelrechten Feldzug gegen die „nationale Armee der Pomaken“ zu unternehmen. Ihr Wunsch geht nur dahin, die Insurgenten zu blokieren und zur Unthätigkeit zu zwingen. General Totleben begab sich in dieser Angelegenheit auf das Seraskierat und machte den Vorschlag, daß die Pforte selbst reguläre Truppen den Insurgenten gegenüberstellen möge, damit Letztere sich ruhig verhalten. Der Großvezier soll geantwortet haben, daß er die Sache überlegen wolle.

Das in Charleroi erscheinende Journal „Union“, ein katholisches Organ, bestätigt die Meldung der Kölnischen Zeitung, daß der päpstliche Stuhl jeden Conflict mit der Belgischen Regierung zu vermeiden wünsche, und fügt hinzu, einer der Belgischen Bischöfe habe seinem Clerus verordnet, „sich aller Angriffe auf die Belgische Verfassung sorgsam zu enthalten“. In einer aus Rom eingelangten Anweisung werde dies gleichfalls vorgeschrieben.

## Deutsches Reich.

△ Berlin, 4. September. Ueber den gegenwärtig in Posen tagenden XVIII. volkswirtschaftlichen Congreß wird uns von dort geschrieben: Am ersten Sitzungstage Montag, 1. September, wurde nach Erledigung der üblichen Begrüßungsakte Seitens des Oberbürgermeisters der Stadt Posen, Herrn Kohleis, sowie des Geh. Kommerzienraths Jaffe und des Herrn v. Schenk-Rawenitzgen, zunächst zur Wahl des Bureaus geschritten und Herr Justizrath Dr. Braun zum ersten Präsidenten, Herr Kohleis zum ersten Vicepräsidenten und Frhr. v. Rübeck (Wien) zum zweiten Vicepräsidenten erwählt. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Frage über die geeignetste Vornahme volkswirtschaftlicher Enquêtes. Herr Dr. Braun hatte über diesen Punkt der Tagesordnung für den abwesenden Dr. Alexander Meyer das Referat übernommen und führte in längerer Rede aus, daß Enquêtes, wenn sie ein zuverlässiges Resultat ergeben sollten, nicht bloß mit Rücksicht auf ihren speziellen Gegenstand unternommen werden dürfen, sondern sie müßten mit aller Berücksichtigung ihres Zusammenhanges mit anderen industriellen Erzeugnissen unternommen werden. Das Experimentiren mit der Vereinbarung von Handelsverträgen sei eben so unpraktisch, wie die Behauptung falsch sei, daß ein Uebergang von Gewichtszöllen zu Werthzöllen die nationale Arbeit fördern würde. Ein Handelsvertrag müsse erst eine Reihe von Jahren existirt haben, ehe man die durch ihn geschaffenen Verhältnisse so kenne, daß man ein Urtheil über seine Vortheile oder Nachtheile sich bilden könne. Eine Generalenquete sei überflüssig, indem der Reichstag dasjenige Organ sei, dem diese allgemeine Prüfung der volkswirtschaftlichen Fragen zufalle. Redner verwies auf England, wo die Enquêtes aus Parlamentskommissionen gebildet werden. Außerdem würden Sachverständigen-Commissionen gebildet, welche aus jenen Thatsachen ihre Consequenzen ziehen. So müßten auch unsere Enquêtes eingerichtet sein. Redner empfahl die Annahme folgender Resolution: Enquêtes sind für volkswirtschaftliche Fragen insbesondere von Nutzen, als sie darauf ausgehen, Thatsachen zu ermitteln, welche sich durch die offizielle Statistik und die sonstigen zu Gebote stehenden Mittel nicht feststellen lassen und als in Betreff der Zusammensetzung der Enquete-Commission die Auswahl der zu vernehmenden Zeugen und die Art der Zeugenvernehmung die nöthigen Bürgschaften für eine auf Ermittlung der Wahrheit gerichtete unparteiische Prozedur gegeben sind; 2) die Frage, welche

gesetzgeberische Maßregeln zu ergreifen seien, kann nicht ausschließlich nach den über die Lage eines einzelnen Industriezweiges durch eine Spezialenquete festgestellten Thatsachen beantwortet werden, sondern nur nach den Interessen der Gesamtheit, welche durch eine Spezialenquete nicht ermittelt werden können; man würde die Ergebnisse einer solchen Enquete zu einer falschen Schlussfolgerung benutzen, wenn man ausschließlich unmittelbar aus derselben maßgebende Vorschriften für die Gesetzgebung herleiten wollte.“ Nach längerer Debatte, an welcher sich die Herren Dr. Graß, Dr. Weigert und Dr. Wolff beteiligen, wird die vorstehende Resolution mit einem Verbesserungsantrage Wolff angenommen. — Am zweiten Sitzungstage (Dienstag) gelangte zunächst die Tabakfrage zur Beratung, welche zu einer längeren Diskussion Veranlassung gab. Die Einführung des Monopols wurde von sämtlichen Rednern aufs entschiedenste bekämpft, sowohl vom ökonomischen Standpunkt, als auch vom Standpunkt der verschiedenen Interessenten, dagegen wurden gegen eine Erhöhung der Tabaksteuer bis zu einem Maximum von 55—60 Millionen Mark principieller Einwände nicht erhoben. Dem Englischen Steuermobus würde eventuell vor dem Monopol entschieden der Vorzug gegeben. Die von dem Congreß zu dieser Frage mit großer Majorität beschlossene Resolution lautet: „Der Congreß spricht sich entschieden gegen Einführung des Tabakmonopols in Deutschland aus, da dieselbe aus wirtschaftlichen Gründen durchaus verwerflich erscheint, insbesondere eine über weite Kreise Deutschlands ausgebreitete, nicht nur für den inländischen Bedarf, sondern in erheblichem Umfange auch für den Export arbeitende Industrie und Handelstätigkeit vernichten würde. Wird die Nothwendigkeit höheren Ertrages aus indirecten Steuern begründet, so ist auch eine Mehrbelastung des Tabakconsums zulässig. — Ueber den folgenden Gegenstand der Tages-Ordnung, die Eisenbahntarifffrage, hatte Herr Dr. Graß das Referat übernommen, der in seinen Ausführungen den Einheitstarif entschieden verurtheilt, weil derselbe nur eine Stückgutsklasse kenne und die Anschlüsse an Nachbarstaaten erschwere. Redner befürwortete dagegen die Feststellung der Gegenseitigkeit der Differentialtarife durch internationale, besonders Handelsverträge. Der von Preussischen Bahnen geübte Modus, auswärtige Waaren, namentlich Oesterreichische Hölzer, auf Preussischem Gebiet billiger zu transportieren, als einheimische Waaren, wurde vom Redner scharf getadelt, dagegen erklärte er sich gegen die Schutztarife für einheimische Erzeugnisse. Die Beschlussfassung über diese Frage wurde auf heute (Mittwoch) vertagt. Schluss 3 1/2 Uhr.

Die „Prov. Corr.“ giebt sich noch einmal die Mühe, den demnächst zusammentretenden Reichstag von der Nothwendigkeit des Zustandekommens des Sozialistengesetzes zu überzeugen. Es sei, sagt sie, dieses Gesetz geboten durch den offenen Angriff gegen die Deutsche Nation. So lange es Staaten giebt, habe noch nie ein Volk die systematische Verhöhnung der aus Mangel an Erfahrung und Scharfblick dem Betrug zugänglichen Klassen durch alle Mittel der Lüge in seiner Mitte gebuldet. Die Meinungsverschiedenheit könne also nur über die Wahl der besten Mittel für die staatliche Aktivität sein. Man fürchte, daß die Regierung die geforderten Vollmachten über ihren Zweck hinaus ausbeuten werde und vergesse, daß eine Reaction im wahren Sinne, d. h. der Versuch, geschweige denn der dauernde Wille, dem wahren Bedürfnis der nationalen Entwicklung entgegenzuhandeln, ein unmöglicher Gedanke ist. Der Reichstag möge die Vorlage ernstlich prüfen, aber die Anwendung des vorgeschlagenen Mittels genehmigen oder ein besseres darbieten.

≈ Berlin, 4. September. Cultusminister Dr. Falk ist heut von seiner Urlaubsreise, von wo aus er sich bekanntlich zuletzt nach Gastein begeben hatte, wie wir voraussetzten, hier wieder eingetroffen. Ueber die Verhandlungen, welche in Gastein zwischen dem Reichskanzler und Dr. Falk sowie dem Staatssekretär Dr. Sydow gepflogen wurden, ist selbstverständlich hier nichts Definitives bekannt, und alle Nachrichten, welche hierüber kursiren, sind in das Bereich der Erfindung zu verweisen. Daß diese Verhandlungen sich auf diejenigen Verhandlungen bezogen, welche zwischen dem päpstlichen Nuntius Masella und dem Reichskanzler gepflogen wurden, ist selbstverständlich, ebenso ist es aber auch richtig, daß diese Verhandlungen in letzter Zeit ins Stocken gerathen sind. Man glaubt nun in hiesigen unterrichteten Kreisen, daß die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Herren Dr. Falk und Dr. Sydow den Zweck gehabt haben, diejenige Basis festzustellen, auf der die etwa fortzusetzenden Verhandlungen mit der Römischen Curie gepflogen werden sollen. Man glaubt, daß diese Verhandlungen ferner direct vom Kultusminister Dr. Falk geführt werden sollen, und dürfte nun auch etwas mehr Licht über den eigentlichen Kern dieser Verhandlungen verbreitet werden.

Die Präsidententenfrage bildet augenblicklich immer noch einen Hauptgegenstand der Discussion in den hiesigen politischen Kreisen. Trotz der in den letzten Tagen verbreiteten Nachricht, daß Herr v. Forckenbeck sich neuerdings bereit erklärt habe, das Amt eines ersten Präsidenten des Deutschen Reichstages wieder anzunehmen, wird von anderer Herrn v. Forckenbeck nahestehender Seite an der Meinung festgehalten, derselbe halte daran fest, diesmal eine derartige Wahl nicht anzunehmen. Da jedoch die hervorragenden Personen aller Parteigruppen bereits mit Ende dieser Woche hier eintreffen, und da es in der Absicht liegt, dieselben zu einer gemeinsamen Besprechung zusammen zu führen, so glaubt man, daß es gelingen

werde, noch vor dem Wahltermin eine Verständigung über die Zusammensetzung des Präsidiums zu Stande zu bringen.

## Oesterreich.

Ogleich noch keine näheren Mittheilungen vorliegen, deuten mancherlei Anzeichen darauf hin, daß die Oesterreichische Occupationarmee stetig und planmäßig vorgeht. Insbesondere scheinen die Bewegungen der Hauptcolonne vor Glasinac, Rogatica und Gorazdo nur den Zweck zu haben, den Vorstoß über Klodany gegen die Drina einzuleiten. Weiterhin wird der Vormarsch des Corps Jovanovic auf Foca in Zusammenhang mit den Operationen des Hauptcorps gebracht. Die Guerillakämpfe einzelner Abtheilungen bei Bilek, Gacko und Trebinje haben eine durchaus nebensächliche Bedeutung und verfolgen einzig den Zweck, die Occupation der Herzegovina zu sichern und die Grenze gegen Montenegro zu sperren. Im Ganzen lauten die Nachrichten über die Fortschritte der Occupation fortgesetzt günstig und auch bei der durch eingetroffene Verstärkungen zur Offensive beschleunigten Division Szapary ist eine entschiedene Wendung zum Besseren zu verzeichnen. Szapary hat seinen Vormarsch im Spreccathale angetreten und über Stanic seine Verbindung mit Gradacac und von hier aus mit Breka wieder hergestellt. Es kann wohl angenommen werden, daß genügende Streitkräfte bereit stehen, um für die Hauptentscheidung an der Drina vom Norden aus wirksam einzugreifen. Bevor übrigens der Aufmarsch der neu mobilisirbaren Division der 2. Armee nicht vollendet ist, wird die gegenwärtige Lage der Dinge in Bosnien und der Herzegovina wohl keine wesentliche Aenderung erfahren. Gleichwohl liegt es in der Natur der Verhältnisse, daß die bereits auf dem Occupationsgebiete stehenden Truppen durch Expeditionen und die strengen Forderungen eines beschwerlichen Sicherheits- und Beobachtungspostens in unausgesetzter Thätigkeit erhalten werden. An die Truppen treten in dieser Zeit Aufgaben und Strapazen heran, welche die Kräfte des Einzelnen nicht anders in Anspruch nehmen, als wenn die großen Operationen im vollen Gange wären. Diese Thätigkeit selbstverständlich auch ihre Rückwirkung auf den Gesundheitszustand der Truppen aus. Trotzdem ist derselbe nach Berichten die der „W. A.“ zugehen, ein normaler und besserer, als er von mancher Seite geschildert wird. Bei der Beurtheilung der Gesundheitsverhältnisse dürfen neben den eben angeführten selbstdienstlichen Umständen auch die klimatischen der besetzten Länder nicht außer Berechnung gelassen werden. Südliche Hitze tritt dort unvermittelt neben dem rauhen Gebirgsklima nördlicher Länder auf. Die Regimenter sind, namentlich in der Herzegovina, oft genöthigt, auf der nackten Erde der Thalsöhle Lagerplätze zu wählen, welche bei dem Wechsel der Temperatur zwischen Tag und Nacht der Gesundheit eben nicht förderlich sind. Diese ungünstigen Einflüsse in Betracht gezogen, stellt sich die Ziffer des Krankenstandes als eine keineswegs auffällige dar. Uebrigens gilt der Herbst in jenen Gegenden für den nichtacclimatisirten als die gesündeste Jahreszeit, die übelste Periode dürfte daher jetzt schon überwunden sein.

Pester Blätter bringen nähere Daten über einen schrecklichen Wolkenbruch, welcher die Stadt Miskolcz in der Nacht zum 31. August heimgesucht hat. Dem Pester Lloyd wird u. A. gemeldet: „Der Wolkenbruch begann um 11 Uhr Nachts und währte 3 Stunden lang, die Flüsse Szinva und Pecze schwellen rapid zu mächtig überfluthenden Strömen an, den Bewohnern kaum Zeit zur Rettung lassend. Bisher wurden 121 Leichen aufgefunden, darunter 14 Militärspersonen, ein Oberlieutenant und noch zahlreiche Personen werden vermisst. Sämmtliche Brücken, das Straßenpflaster, die Trottoirs sind zerstört, in der Hauptstraße gähnen klaffertiefe Abgründe, der Verkehr mittelst Wagen ist absolut unmöglich. Die Stadt erleidet einen Schaden von mehr als hunderttausend Gulden, die Privaten verloren wohl eine halbe Million. Noth und Elend sind grenzenlos.“ Noch schrecklicher lauten die dem N. Pest. Journ. zugegangenen Mittheilungen. Darnach wären mehr als vierhundert Personen bei dem Wolkenbruche umgekommen und die Stadt nahezu zerstört. Aus einer Reihe Telegramme stellt das letztgenannte Blatt folgende Nachrichten über das Unglück zusammen: Die durch die Stadt fließende Szinva und der sonst trockene Peczegegraben waren mit jäher Schnelligkeit mit einer stets rascher anschwellenden Fluth gefüllt, die brausend und tosend die Ufer überstieg und sich — Entsetzen und Verderben bereitend — auf den schönsten Theil der Stadt ergoß. Ehe die Bewohner noch aus dem Schlafe erwacht waren, stand Miskolcz bereits 2 Meter hoch unter Wasser. Das tosende Element riß zahllose Häuser mit sich, deren Bewohner größtentheils unter den Ruinen derselben begraben wurden. Tausende vermochten nichts als das nackte Leben zu retten. Die Schreckensscenen spotten jeder Beschreibung.

## England.

London, 2. September. Der Times wird aus Kalkutta vom gestrigen Tage gemeldet: „Sir Neville Chamberlain und sein Stab sind in Simia angekommen und werden als Gäste des Babekönigs so lange dort bleiben, bis vom Emir von Kabul eine Antwort auf den Brief des General-Gouverneurs eingelaufen, in welchem dieser seine Absicht ausdrückt, eine Gesandtschaft abzuschicken. Zu dieser werden Major St. John vom Geniecorps und Herr Henry Walter Bellew, der Sanitäts-Commissar des Pun, gehören. Bellew, ein Mann von reifer Erfahrung,

begleitete Lumsden's Mission nach Kabul vor 21 Jahren und gehörte auch zu der unter Führung des Sir Douglas Forsyth stehenden, nach Parland abgeordneten Gesellschaft, die den erfolglosen Versuch machte, einen halbpolitischen, halb commerziellen festen Bund mit der sehr wenig festen muhamedanischen Dynastie, die damals in Kaschgar herrschte, zu schließen. Die neuesten Nachrichten aus Simla melden, von Kabul sei ein Gerücht gekommen, das aber noch nicht bestätigt sei, Jakob Khan sei während der Verwirrung, die auf den Tod des Abdullas Jan folgte, aus der Gefangenschaft entflohen. Er floh nach Ghazni und soll halb blödsinnig geworden sein von der langen Einsperung und der strengen Behandlung, die ihm durch den Emir widerfahren sei. Auch wird gerüchweise gemeldet, daß, obwohl die dem Emir gebotenen Bedingungen durch die Regierung in Simla sorgfältig zurückgehalten werden, der Emir einen ständigen Residenz in Kabul und zugleich Britische Agenten für andere Theile seines Gebietes zulassen soll. Man glaubt ferner allgemein, daß der Emir sich weigern werde, von der Regierung diese Bedingungen anzunehmen, wenn nicht ganz klar bestimmt werde, daß solche Weigerung die Regierung zu bewaffneter Occupation Afghaniens zwingen werde. Die Indische Presse billigt im allgemeinen die Politik der beabsichtigten Sendung und dringt stark in die Regierung, die in Mittelasien so erfolgreich ausgeführte Staatskunst Rußlands anzunehmen und die Kabuler Gesandtschaft durch eine mächtige militärische Demonstration an der Grenze zu unterstützen. Eine solche Politik würde einen Krieg mit Afghanistan bedeutend leichter verhindern als die bloße Sendung einer zugestandenermaßen friedlichen Gesandtschaft, die lediglich mit den westlichen Worten der Diplomatie ausgerüstet sei.“

## Aegypten.

Betreffs der Umgestaltungen in Aegypten glaubt die Times, daß die vom Khedive und den Mitgliedern seiner Familie beschlossene Abtretung ihres ungeheuren Landesbesitzes an den öffentlichen Schatz des Landes ein Ereigniß von mehr als finanzieller Bedeutung sei, obgleich nicht zu erwarten, daß eine complicirte Reform auch sofort befriedigende Resultate erzielen werde. Die Wirkung dieser Veränderung als Maßregel finanzieller Reform müsse sich erst erweisen. Vor Allem jedoch verdiene des Khedive Besorgung der ihm ertheilten Weisung, aber nicht gerade angenehmen Vorschläge als eine politische Revolution betrachtet zu werden. Die Zusagen des Khedive gipfeln in einer Verzichtleistung auf die Ziele und Methoden, an welche er sich seit seiner Thronbesteigung vor fünfzehn Jahren angeklammert habe. Es möge ihm damit nicht so ernst sein, wie seine Gläubiger wünschen möchten; auch mögen die finanziellen Vortheile des neuen Arrangements überschätzt werden, allein die officiellen Erklärungen des Khedive zerstören das Gebilde des Ehrgeizes, an dessen Errichtung er, theilweise aus eigenem rastlosen Ehrgeiz, theilweise auf die Einflüsterungen interessirter Ausländer hin, seit dem Jahre 1863 hingearbeitet habe. Sein ganzes complicirtes System des Bodenbesitzes, sowie seine abenteuerlichen Industrie- und Handelsunternehmungen seien zusammengebrochen und befänden sich im Zustande der Liquidation. Es sei kaum wahrscheinlich, daß Ismail es wage, seine eierlichen Versprechungen zu brechen oder daß sich irgend etwas dem Umsturze eines Systems entgegenstelle, welches Aegypten während der letzten fünfzehn Jahre immer tiefer in finanzielle Verwicklungen und politische Gefahren verstrickt habe.

## Athen.

Yokohama, 31. Juli. Prinz Takemoya, der vierte und einzig noch lebende Sohn des Kaisers von Japan und Erbe des väterlichen Thrones, ist am 26. d. M. gestorben. Der Kaiser begiebt sich am 27. in die nördlichen Provinzen. — Sechs der Mörder des Ministers Okubo sind enthauptet worden, die achtzehn anderen Mitschuldigen erhielten leichtere Strafen. — Zuouye Kaoro, der kürzlich von Europa zurückgekehrt ist, wurde zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt. — Vor Kurzem wurde ein neues Kanonenboot, das erste, welches in Japan gebaut wurde, vom Stapel gelassen. — Zwar haben in einzelnen Gebieten Hagelschläge stattgefunden, durch die viele Reisfelder arg geschädigt wurden, im Allgemeinen aber sind die Aussichten für eine gute Aerate vorhanden.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 4. September. Erster Wahlkreis. Abgegeben sind 10756 Stimmen. Löwe 7465, Stauffenberg 1390, Most 1797 Stimmen. — Zweiter Wahlkreis. Hoffmann 14155, Struckmann 3072, Baumann 7458 Stimmen. — Within sind Löwe und Hoffmann gewählt. — Sämmtliche, auch auf Urlaub befindliche Minister werden mit Ende der Woche wieder hier eingetroffen sein. — Wie man der „Nat. Ztg.“ anderweitig berichtet, hätte der Reichskanzler den Stand der Verhandlungen mit dem Römischen Prälaten dahin bezeichnet: „Sie haben nichts zu bieten.“ Doch glaubt die „Nat. Ztg.“ die Versuche zur Annäherung noch keineswegs als abgeschlossen betrachten zu dürfen. — Fürst Bismarck trifft, wie wir als bestimmt vernehmen, bereits Mitte der nächsten Woche hier ein, so daß er schon zur Zeit der ersten Verhandlungen des Sozialistengesetzes hier in Berlin anwesend sein wird. — Am jüngsten Freitag wurden in Prag zwei Studenten, welche im Verdachte stehen, daß sie im Solde der Deutschen Sozialdemokraten arbeiten, verhaftet: sie befinden sich noch in Gewahrsam.

Posen, 4. September. Der volkswirtschaftliche







